

INHALT

1. Finanzministerin Heinold will 80-prozentige Belastung von Betriebsgewinnen
2. Grüne Fraktion sagt „Nein“ zu schneller A20-Fertigstellung
3. Nachhaltigkeitsbeirat für Schleswig-Holstein
4. Landesregierung legt Gesetzentwurf zur Kohlendioxid-Speicherung vor
5. Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein
6. Unionsfraktion fordert Änderung der Küstenfischereiordnung
7. Länderübergreifender Binnenhochwasserschutz der Elbanrainer
8. Wohnen in Schleswig-Holstein

22.08.2013

Finanzministerin Heinold will 80-prozentige Belastung von Betriebsgewinnen CDU-Fraktion warnt vor rot-grüner Steuerpolitik



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Finanzministerin Monika Heinold hat sich heute für eine insgesamt bis zu 80-prozentige Belastung von Betriebsgewinnen ausgesprochen. Das ist das Ergebnis einer von der CDU-Fraktion initiierten Debatte über die Steuerpolitik. Darauf wies CDU-Finanzexperte Tobias Koch in einer Pressemitteilung hin.

Auf Kochs Frage erklärte die grüne Finanzministerin im Plenum und über eine anschließende schriftliche Erklärung ihres Pressesprechers, sie wolle die Vermögensabgabe auf maximal 35

Prozent des laufenden betrieblichen Ertrags begrenzen. Somit könnte diese nicht aus der Substanz, sondern aus laufenden Erträgen gezahlt werden.

„In der Summe bedeutet dies eine Gesamtbelastung von Betriebsgewinnen in Höhe von rund 80 Prozent. Denn Körperschaftsteuer und Einkommensteuer sind auf den Gewinn auch zu zahlen. Mit einer derart überzogenen Besteuerung wird jedes Unternehmen ruiniert und die Arbeitsplätze vernichtet“, so Koch.

Fraktionschef Callsen machte in seiner vorherigen Rede die verheerenden Konsequenzen rot-grüner Steuerpolitik deutlich. Schleswig-Holsteins Steuereinnahmen seien mittlerweile auf einem Rekordhoch. Dennoch erhöhe die Koalition aus SPD, Grünen und SSW weiter Steuern und belaste den Mittelstand zusätzlich. Die Pläne seien darüber hinaus völlig inkonsistent.

„Sie rufen nach bezahlbarem Wohnraum und erhöhen die Grunderwerbssteuer. Das ist weder sozial gerecht, noch passt es zusammen!“, so Callsen weiter.

Schleswig-Holstein werde als Wirtschaftsstandort durch die rot/grüne Steuerpolitik weiter gefährdet. Steuerspitzenwerte und die Abschaffung einzelbetrieblicher Förderung glichen einem Arbeitsplatzvernichtungsprogramm.

„Ihre Steuererhöhungspläne sind eine Belastung für Familien und Mittelstand im Bund und in Schleswig-Holstein. Sie sind Gift für Konjunktur und Arbeitsplätze“, so Callsen abschließend.

Grüne Fraktion sagt „Nein“ zu schneller A20-Fertigstellung **Französischer Konzern will A20 mit westlicher Elbquerung bis 2020 bauen**



Parlamentarischer Geschäftsführer, Hans-Jörn Arp, MdL

Der verkehrspolitische Streit vom gestrigen Tage erhielt heute durch einen Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ über ein Angebot des französischen Konzerns Vinci neue Nahrung. Vinci will die A20 zwischen Bad Segeberg und Bremerhaven samt Abzweiger nach Hamburg inklusive einer festen Elbquerung zwischen Drochtersen und Glückstadt komplett fertig stellen. Voraussetzung dafür ist, dass der Bund und Vinci sich die Gesamtkosten von zwei Milliarden Euro teilen.

Das Unternehmen beansprucht laut Medienberichten dafür einen großen Anteil der Einnahmen aus der LKW-Maut in den nächsten 50 Jahren. Darüber hinaus ist eine Maut für alle Nutzer des neu zu bauenden Elbtunnels in der Diskussion. Vinci hält es für möglich, die A20 in

den Jahren 2015-2020 fertig zu stellen.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, ging sofort in die Offensive: „Albigs Ausrede für das Zaudern seiner Regierung beim A20-Bau ist damit entlarvt. Die Behauptung, es gäbe keine Investoren, ist Quatsch.“ Er erinnerte daran, dass das Vinci-Konzept bereits 2009 im Verkehrsausschuss des Landtages vorgestellt wurde. (Links siehe unten).

Kurze Zeit später erklärte die Grüne Fraktionsvorsitzende Ekka von Kalben: «Solange die Grünen mitregieren, also bis 2017, solange wird die A20 jenseits der A7 nicht gebaut». Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) sagte der Nachrichtenagentur dpa, für eine Realisierung des Vorschlages müssten Bundesgesetze geändert werden und der Bund die Finanzierung zur Hälfte übernehmen. Zudem fehle es an planungsrechtlichen Voraussetzungen.

„Die SPD spielt wegen der Grünen Blockade auf Zeit. Acht von 20 Stellen in der Planfeststellungsbehörde sind derzeit nicht besetzt. Deshalb dauert das alles so lange. Ich fordere den Verkehrsminister auf, diese Verzögerungstaktik endlich aufzugeben“, erklärte Arp.

Bei ausreichender Personalausstattung sei es durchaus möglich, für alle Abschnitte westlich der A7 einschließlich der Elbquerung bis 2014 die Planungen abzuschließen.

„Die Landesregierung muss jetzt entschlossen für die A20 eintreten: Die Planfeststellung ist mit Hochdruck voranzutreiben. Die Verhandlungen mit Bund und Niedersachsen müssen Chefsache werden. Ob die A20 schnell gebaut wird, oder nicht, liegt allein an der Landesregierung. Wir werden das Projekt parlamentarisch weiter voran treiben“, sagte der CDU-Abgeordnete.

Die Bundesregierung signalisierte bereits Unterstützung: „Die A 20 ist eines der wichtigsten Autobahnprojekte in Norddeutschland und hat eine überragende Bedeutung für den Seehafenhinterlandverkehr“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann. Daher begrüße er es, dass eine Reihe von Baufirmen Interesse an einer Umsetzung hätten. „Wir sind für alle Ideen und Anregungen dankbar, die zu einer Realisierung führen“, erklärte er gegenüber dpa.

Link zum Ausschussprotokoll:

http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl17/aussch/wirtschaft/niederschrift/2009/17-004_12-09.pdf

Link zum Konzept von Vinci:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/0000/umdruck-17-0092.pdf>



Jens-Christian Magnussen, MdL

Per Antrag forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung heute (22. August 2013) im Plenum auf, einen Nachhaltigkeitsbeirat für Schleswig-Holstein zu berufen. Als unabhängiges, wissenschaftliches Beratungsgremium soll der Beirat das Land Schleswig-Holstein auf dem Weg in eine nachhaltige und dauerhaft umweltgerechte Zukunft beraten.

„Die großen Aufgaben der Gegenwart bedürfen politische Entscheidungen nicht nur für einen Zeitraum von fünf Jahren oder weniger, wie dies in Schleswig-Holstein mittlerweile üblich ist, sondern über volle Wahlperioden hinaus.“ Nachhaltigkeit insbesondere bei der Energiewende, dem Landesentwicklungsplan, der demographischen Entwicklung sowie beim Infrastrukturerhalt und –ausbau bedürften keiner rein emotionalen sowie ideologischen Betrachtung. Viel mehr seien diese Probleme sachbezogen und rational zu verfolgen, begründete Jens-Christian Magnussen für die CDU-Fraktion die Notwendigkeit eines Nachhaltigkeitsbeirats.

Die meisten Menschen würden das Prinzip der Nachhaltigkeit unterbewerten, obwohl es von größter Bedeutung sei. „Es bedeutet, nicht über seine Verhältnisse zu leben, nicht aus der Substanz zu leben, sondern so, dass man es vor künftigen Generationen verantworten kann. Politiker sind dabei immer so gut und so schlecht wie die Gesellschaft insgesamt. Wenn wir ehrlich sind, dann haben wir in den letzten Jahrzehnten das Prinzip der Nachhaltigkeit oft mit Füßen getreten, obwohl seit vielen Jahrzehnten wissen, worum es geht“, so Magnussen.

Die meisten Fehler bei Großprojekten würden in einem frühen Planungsstadium gemacht. Die Berufung eines unabhängigen und wissenschaftlich begleiteten Nachhaltigkeitsbeirats könnte hier in einer frühen Phase fach- und sachbezogene Diskussionsansätze einbringen und Fehler in der Anfangsphase großer Projekte verhindern.

„Die Einrichtung eines unabhängigen Nachhaltigkeitsbeirates ohne ein vorgefasstes Meinungsbild wäre ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Politik Verantwortung ernst nimmt“, so Magnussen abschließend.

Zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0900/drucksache-18-0970.pdf>

Landesregierung legt Gesetzentwurf zur Kohlendioxid-Speicherung vor Möglichkeit des Ausschlusses der CO²-Speicherung alleiniger Verdienst der CDU-Vorgängerregierung

In erster Lesung debattierte der Landtag heute (22. August 2013) über einen Gesetzentwurf des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Schleswig-Holstein.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers, kritisierte die Landesregierung in seinem Debattenbeitrag scharf. „Um allen Legendenbildungen vorzubeugen, das vorliegende Gesetz ist nicht wegen, sondern trotz des ungeschickten Agierens von SPD, Grünen und SSW zustande gekommen“, so Rickers.

Der Gesetzentwurf zur CO²-Speicherung sei bei weitem kein Ruhmesblatt der Koalition, sondern einzig und allein der bleibenden Verdienst des ehemaligen Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen.

„Der heutige Entwurf der Landesregierung zeigt einmal mehr, dass der Einsatz der CDU für die so genannte Länderklausel im CCS-Gesetz des Bundes richtig war! Schön, dass diese Erkenntnis nun auch in den Reihen der Koalition gereift ist“, so Rickers.

Dabei seien es die damaligen Oppositions- und heutigen Regierungsparteien gewesen, die dies stets bestritten und bei den betroffenen Menschen im Land unnötige Ängste geschürt hätten.

„In der Ablehnung von CCS war sich der Schleswig-Holsteinische Landtag von Anfang an über alle Parteigrenzen hinweg einig. Unterschiedliche Auffassungen gab es nur über den Weg“, so Rickers abschließend.

Link zum Gesetzesentwurf der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1020.pdf>



Heiner Rickers, MdL

Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

CDU: Ministerpräsident Albig muss seinen Grünen-Minister in die Schranken weisen

Ein Antrag der CDU Fraktion zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein sorgte heute (22. August 2013) für eine Generalabrechnung der Opposition mit der Agrar- und Umweltpolitik des Ministers Habeck.

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers, forderte den Ministerpräsidenten auf, seinen Grünen Minister endlich in die Schranken zu weisen. Die von der Landesregierung geplanten und teils schon umgesetzten Strategien im Bereich der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft gefährdeten in unverhältnismäßig hoher Weise die Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum.

„Familiengeführte, bäuerliche Unternehmen sind das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Diese geraten zunehmend ins Fadenkreuz von Bürokratie und Überwachungsstaat“, so Rickers.

Rickers verwies in der Debatte auf Gesetzesvorhaben wie das Tierschutzverbandsklagerecht, das Dauergrünlanderhaltungsgesetz, sowie das Landesjagdgesetz, bei denen die Landesregierung mit erheblichem Widerstand zu rechnen haben und die aus Angst vor den Betroffenen auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben seien.

„Seit über einem Jahr ist der grüne Minister nun im Amt und zeige so langsam sein `wahres Gesicht“. Rickers zeigte sich abschließend überzeugt, dass sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sichtlich länger an der Nase herumführen ließen und prophezeite einen „heißen Herbst“.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1028.pdf>

Unionsfraktion fordert Änderung der Küstenfischereiordnung

Überzogene Forderungen gefährden Küstenfischerei in Schleswig-Holstein

Auf Antrag der CDU-Fraktion debattierte das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute (22. August 2013) über eine Änderung der Küstenfischereiordnung. Die CDU fordert mit dem Antrag, die geplante Einschränkung der Stellnetzfischerei nicht wie geplant auf 5 bzw. 8 Monate auszuweiten, sondern stattdessen auf die vier bis sechs Wochen des Hauptvorkommens von Schweinswalen im Sommer zu begrenzen.

„Das ist eine unglaubliche Einschränkung der Berufsausübung der einheimischen Fischer, die natürlich nicht akzeptiert werden kann“, erklärte der fischereipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Jensen, in seinem Debattenbeitrag.

Ob diese Maßnahme überhaupt zum gewünschten Erfolg führe, könne bei einer zurzeit vollkommen unzureichenden wissenschaftlichen Datenlage überhaupt nicht garantiert werden. So sei weder die Erforderlichkeit der Maßnahme nachgewiesen, noch die Verhältnismäßigkeit und eine Abschätzung der Folgewirkungen dargelegt.

„Diese Einschränkungen würden tatsächlich zur Existenzgefährdung der betroffenen Familienbetriebe führen – und das kann doch wohl keiner ernsthaft wollen!“

„Nach wie vor steht das Angebot der Fischer für eine gemeinsame Vorgehensweise zur

Erreichung der Schutzziele. Der „Heiligenhafener Kompromiss“ vom November letzten Jahres bietet einen guten Ansatzpunkt, um neben der Verbesserung der Datengrundlage auch alternative Fangmethoden zu erproben“, entgegnete Klaus Jensen dem zuständigen Minister Habeck.

Link zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1027.pdf>



Klaus Jensen, MdL

Länderübergreifender Binnenhochwasserschutz der Elbanrainer Landesregierung muss beim Hochwasserschutz-Beschleunigungs-Gesetz Tempo machen

Auf Antrag der Piraten befasste sich der Landtag heute (22. August 2013) erneut mit dem Hochwasserschutz der Elbanrainer. Die Piraten forderten die Landesregierung dabei auf, mit den im Einzugsgebiet der Elbe liegenden Ländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen eine Arbeitsgruppe zum Binnenhochwasserschutz zu gründen. Dabei sei auch zu prüfen, in wieweit die Nachbarstaaten Tschechien, Polen und Österreich mit einzubeziehen seien.

Für die CDU-Fraktion kritisierte der küstenschutzpolitische Sprecher Klaus Jensen den Antrag der Piraten: „...und wenn ich nicht mehr weiter weiß bild ich einen Arbeitskreis, das scheint mir das Motto des Piratenantrages gewesen zu sein“, so Jensen.

Jensen stellte in seinem Beitrag klar, dass überhaupt keine Notwendigkeit für einen weiteren Arbeitskreis bestehe. Schon seit über 20 Jahren (seit 1992) gebe es den völkerrechtlichen Vertrag „Vereinbarung über die internationale Kommission zum Schutz der Elbe“. Die Kommission hat bereits eine Strategie zum Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Elbe erarbeitet. Wichtiger sei nun, dass die Landesregierung das Hochwasserschutz-Beschleunigungs-Gesetz, das die Länder Bayern und Sachsen vor gut sechs Wochen in den Bundesrat eingebracht hatten unterstütze.

„Alle, für die das Thema Hochwasserschutz kein Lippenbekenntnis sein soll, müssen diesen Gesetzentwurf unterstützen. Hier erwarte ich ein deutliches Bekenntnis der Landesregierung – vielleicht schon heute“, so Jensen abschließend.

Link zum Antrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0900/drucksache-18-0983.pdf>



Peter Lehnert, MdL

Wie angespannt ist der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein tatsächlich? Diese Frage beschäftigte heute (22. August) den Schleswig-Holsteinischen Landtag. Peter Lehnert, wohnungsmarktpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, rügte die Pläne der PIRATEN.

In Schleswig-Holstein sei die Lage auf dem Wohnungsmarkt – anders als in der Millionenstadt Hamburg – deutlich entspannter. Dies haben auch die Gutachter der Investitionsbank festgestellt. Die Anträge der PIRATEN, die unter anderem ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum vorsehen, gingen in die falsche Richtung, kritisierte Lehnert. „Das wirkliche Problem der Menschen ist der Anstieg der Wohnnebenkosten“, so der Abgeordnete. Lehnert forderte die PIRATEN auf, sich mit dem wichtigen Thema der Wohnraumversorgung in Schleswig-Holstein differenzierter auseinander zu setzen.

„Um ausreichend bezahlbaren Wohnraum auch in Zukunft zu sichern, muss der politische Schwerpunkt vielmehr bei der Begrenzung der ausufernden Wohnnebenkosten liegen“, forderte Lehnert in seinem Debattenbeitrag.

Gegenüber den Kommunen Schleswig-Holsteins, in denen – wie auf der Insel Sylt – die Wohnraumversorgung angespannt sei, sei das Land in der Pflicht, bei der Bereitstellung ausreichender Grundstücke zu helfen.

Link zur Drucksache 18/899:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0899.pdf>

Link zur Drucksache 18/1049:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1049.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de